

Keine Gewinne ohne Gewissen: Rettet das Lieferkettengesetz! INFORMATIONEN ZUR KAMPAGNE

Laufzeit bis Anfang Oktober 2025

Worum geht es bei der Kampagne?

Einer der wichtigsten Erfolge für Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz der letzten Jahrzehnte ist in Gefahr: das Lieferkettengesetz. Es trägt zur Bekämpfung von Kinderarbeit bei, schützt Arbeiter*innen vor Ausbeutung und bewahrt unsere Natur vor rücksichtsloser Zerstörung.

Seit 2023 gilt es in Deutschland, im April 2024 folgte die EU-Richtlinie. Doch nun drohen Rückschritte: Die neue Bundesregierung um Kanzler Friedrich Merz will das Gesetz abschwächen. Auf EU-Ebene versucht sie mit weiteren Regierungen und Lobbygruppen, die Richtlinie in entscheidenden Punkten zu entkernen.

Noch ist nichts verloren

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie – das deutsche Lieferkettengesetz soll also nicht abgeschafft, sondern ersetzt werden. Jetzt braucht das Gesetz unsere Unterstützung. Denn es kommt darauf an, dass die EU-Richtlinie nicht verwässert, sondern kraftvoll umgesetzt wird – in ein starkes deutsches Lieferkettengesetz.

Das Lieferkettengesetz ist ein Anti-Ausbeutungsgesetz

Das Gesetz verpflichtet große Unternehmen zur Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie Umweltstandards entlang ihrer Lieferketten. Sie müssen dafür sorgen, dass

- Beschäftigte in Fabriken einen gerechten Lohn erhalten,
- Kinder nicht auf Kakaoplantagen ausgebeutet werden,
- Feldarbeiter*innen keine Fehlgeburten erleiden, weil sie während der Arbeit Pestiziden ausgesetzt sind und
- Arbeiter*innen nicht mehr ihre Existenz riskieren, wenn sie sich in Gewerkschaften gegen Ausbeutung stark machen.

Lieferkettengesetzgebung in Deutschland

Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (LkSG) gilt für Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten und wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) umgesetzt.

Es ist seit 2023 in Kraft – und es zeigt Wirkung: In mehreren Ländern wurden Maßnahmen gegen Kinderarbeit eingeleitet, in China Arbeitsbedingungen verbessert und in Ecuador bekommen Bananenarbeiter*innen nach Beschwerden von Oxfam heute endlich einen existenzsichernden Lohn.

Das beweist: Das Gesetz ist keine bürokratische Hülle. Es schafft echte Veränderungen – und mehr Gerechtigkeit entlang globaler Lieferketten.

Europäisches Lieferkettengesetz

Die 2024 beschlossene EU-Richtlinie geht weiter als das deutsche Gesetz: Betroffene sollen künftig in Europa vor Gericht ziehen und Schadensersatz von den verantwortlichen Unternehmen fordern können. Und auch der Klimaschutz wird gestärkt – große Unternehmen müssen einen Klimaplan vorlegen, der ihr Geschäftsmodell mit dem 1,5-Grad-Ziel in Einklang bringt. Ein starkes Zeichen – wenn es nicht verwässert wird.

Doch genau hier liegt das Problem: Anfang 2025 hat die EU-Kommission ein Verfahren eingeleitet, um zentrale Teile der Richtlinie abzuschwächen. Die Bundesregierung unterstützt diese Pläne. Es besteht daher die akute Gefahr, dass das deutsche Gesetz durch eine massiv abgeschwächte EU-Richtlinie ersetzt wird.

Viele Unternehmen sagen: Ja zum Lieferkettengesetz

Anders als manche Wirtschaftsverbände behaupten, befürworten zahlreiche Unternehmen und Ökonom*innen klare Regeln für mehr Verantwortung. Studien zeigen: Die

meisten kommen gut mit den Vorgaben zurecht. Was sie brauchen, sind keine Abschwächungen, sondern Planungssicherheit und faire Bedingungen – damit Menschenrechte und Umweltstandards keinen Wettbewerbsnachteil darstellen. Deshalb fordern Unternehmen wie z. B. Tchibo, Otto, Vaude und Voelkel: Das EU-Gesetz soll schnell umgesetzt und nicht verwässert werden.

Transparente Lieferketten schaffen Krisenfestigkeit

Klimakrise, Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine: Die Welt wird von Krise zu Krise geschüttelt – und das hat Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das Lieferkettengesetz schafft Transparenz und stärkt Umwelt- und Sozialstandards – genau das macht Lieferketten widerstandsfähiger gegenüber Krisen. Davon profitieren alle: Arbeiter*innen weltweit ebenso wie Unternehmen hierzulande.

Verantwortung braucht Regeln – nicht Ausreden

Manche nennen das Lieferkettengesetz „Bürokratie“ – doch es geht um Regeln zum Schutz von Menschenrechten, Umwelt und Rechtsstaat. Betroffen sind nur sehr große Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten. Klare, faire Standards sind unverzichtbar. Nur so wird Verantwortung zur Pflicht – und verantwortungsbewusste Unternehmen geraten nicht ins Hintertreffen.

Fokussiert auf die größten Risiken – nicht auf jede Schraube

Das Gesetz folgt einem risikobasierten Ansatz: Statt alle Zulieferer zu kontrollieren, sollen sich Unternehmen auf die schwersten Risiken konzentrieren – und die liegen meist am Anfang der Lieferkette, etwa auf Plantagen, in Minen oder Textilfabriken. Das ist sinnvoll, praxistauglich und entlastet kleinere Betriebe in Europa – ohne das Ziel

aus dem Blick zu verlieren: den Schutz von Mensch und Umwelt.

Schafft das Gesetz Wettbewerbsnachteile für deutsche Firmen?

Durch die EU-Richtlinie gelten einheitliche Standards in allen EU-Staaten. Einheitliche Regeln verhindern Wettbewerbsverzerrungen und stärken Krisenresilienz. Gäbe es kein Lieferkettengesetz mehr, wären verantwortungslos handelnde Unternehmen im Vorteil.

Wie funktionieren Beschwerden nach dem deutschen Gesetz?

Organisationen wie Oxfam und ihre Partnerorganisationen dokumentieren Verstöße (z. B. mangelnder Schutz vor Pestiziden, Lohnskandale, Diskriminierung) und reichen offizielle Beschwerden beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ein. Das BAFA prüft diese und verhängt gegebenenfalls Bußgelder oder weitere Sanktionen gegen Unternehmen.

Dein Beitrag als Verbraucher*in

- Petitionen unterzeichnen und bei lokalen Aktionen mitmachen (z. B. bei Oxfam)
- Bei Händler*innen oder Supermärkten nach Herkunftsinformationen fragen
- Direkt bei Bäuer*innen einkaufen und sich informieren
- Secondhand-Käufe unterstützen
- Abgeordnete & Kommunalvertreter*innen kontaktieren

Kampagnenlaufzeit

Die Unterschriftenaktion läuft von **Mitte Mai bis Anfang Oktober 2025** (Rücksendung der Unterschriften bis 29.09.25). Wir planen, die Petition Anfang Oktober an eine*n Vertreter*in der Bundesregierung zu übergeben.

Vielen Dank für Dein Engagement!